

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Ges. Verleger: E. Heber & Co. in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Für unerlaubte Entnahmen Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrats.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat dürfte, wie wir erfahren, bestimmt noch Ende Juni zu seiner ersten Sitzung im früheren preussischen Herrschaftsausschusse zusammentreten. Unserer Mitarbeiter nahm Veranlassung, sich über die Zusammenfassung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu orientieren. Ein großer Teil der Körperschaften, denen das Recht zusteht, seine Vertreter selbst zu ernennen, hat bereits von seinem Präsentationsrecht Gebrauch gemacht. Dagegen sind von der Regierung bisher noch keine Berufungen erfolgt. Sie stehen jedoch unmittelfach bevor. Wir lassen nachfolgend eine größere Zahl von Körperschaften folgen, die ihre Vertreter bereits ernannt haben. Aufstufend an die Körperschaft folgen die Namen der betreffenden Persönlichkeiten.

Reichsforsterrat: Als Arbeitgebervertreter für Steinföhle: Hugo Stinnes für Braunkohle; Generaldirektor Schumann. Als Arbeitgebervertreter: Für Steinföhle: J. Busch, für Braunkohle: Otto Hue.

Arbeitsgemeinschaft des Handels: Kommerzienrat Hecht (Berlin), Dr. Hugo (Berlin), Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels: Otto Reineck, Kommerzienrat Heinrich Grünfeld (Berlin).

Zentralverband des deutschen Bank- und Sanktionswesens: Inhaber der Diskontogesellschaft Arthur Salomonson (Berlin), Geheimen Regierungsrat Friedrich Schwarz, Direktor der Preussischen Zentral-Boden-Kredit-Vereinsgesellschaft.

Reichsforstverwaltung: Volpert Brummel (Berlin).

Deutscher Städteverband: Als Arbeitgebervertreter der städtischen Betriebe: Oberbürgermeister Dr. Lütjehausen (Helmstedt), Oberbürgermeister Dr. Lütjehausen (Helmstedt), Oberbürgermeister Dr. Lütjehausen (Helmstedt).

Reichsforstverwaltung: Volpert Brummel (Berlin).

Deutscher Bauernbund: Als Vertreter der Bauernschaft: Generaldirektor Schumann.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Als Vertreter der Gewerkschaften: Generaldirektor Schumann.

Generalverband der deutschen Nationalen-Gewerkschaften: zusammen mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen

Gewerkschaften, als Vertreter des landwirtschaftlichen Gewerkschaftswesens: Landesökonomierat Peter Johanningen (Hannover), Verbandsdirektor Leonometzer Karlh. (Landau, Pfalz), Anwalt Otto Senneß (Berlin), Geh. Justizrat Hermann Dietrich (Meiningen), Als Vertreter des Kleinbürgers: Landwirt Mannheim (Meiningen), Schultheiß Trübendach (Sondershausen), Landwirt Josef Rheinhold (Hannover bei Gabelsdorf), Gutsherr Domisch (Groß-Seenerdorf), Schultheiß Schwärzer (Oberkassel), Landmann Weinberg (Zweibach, Oldenburg).

Deutscher Arbeiterverband: Professor Dr. Ernst Jäch (Berlin).

Zentralverband Deutscher Konsumvereine: Heinrich Kaufmann (Hamburg), Emil Berger (Hamburg), Hans Bauer, Blinden, Heinrich Lorenz (Hamburg), Hugo Häften (Hamburg), Paul Hoffmann (Magdeburg), Ernst Marzahn (Erfurt), Valentin Siebmann (Frankfurt a. M.).

Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften: Von Reichsverband der Privatversicherungen: Direktor Holub.

Verband Deutscher Hausfrauenvereine: Charlotte Mühlmann (Berlin), Emma Gromer (Mannheim).

Wirtschaftsverband bildender Künstler Berlin: Geschäftsmann Dr. Marzahn (Berlin), — Wirtschaftsverband bildender Künstler München: Kunstmalers Rudolf Günner (München).

Schulverband Deutscher Christlicher: Dr. Leon Zeißlin (Berlin).

Deutscher Transportarbeiterverband: Für Fischerei: Julius Lorenz (Hamburg), für Post: Karl Schmidt (Berlin).

Deutscher Gewerkschaftsverband: Als Vertreter der Gewerkschaften: Anwalt Professor Dr. Krüger, als Vertreter der Handwerker: Rechtsanwalt Dr. Creelius, Abg. Hammer (Zehlendorf), Dr. Handke (Hamburg), als Vertreter der Verbrauchergewerkschaften: Geheimen Regierungsrat Dr. Schröder (Kassel).

Deutscher Gewerkschafts-Verband: Vertreter der Handwerker: Syndikus Hermann (Kreuzlingen).

Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher Hoch- und Berufsvereine: Dr. Heinrich Gerlich (Berlin), Dipl.-Landwirt Karl Kugler (München).

Verband Deutscher Gartenbauvereine: Generalsekretär H. Schumann (Berlin).

Richtersverband der Deutschen Presse: Georg Bernhard (Berlin).

Deutscher Anwaltsverein: Rechtsanwalt Dr. M. Hagenburg (Mannheim).

(Die Liste der weiteren Abgeordneten lassen wir folgen.)

Schlecht aufgenommenes Lob.

Holland und die Völkerbundsfrage.

Von [Redaktion vorbehalten]

Vladimir G. G.

Ludwig Bernhard, Professor an der Universität Berlin, hat ein Buch erscheinen lassen: „Was wird aus dem Völkerbund? Der Ruf nach einer neuen Haager Konferenz.“ Dies Buch findet das große Amsterdamer Organ, das „Allgemeine Handelsblatt“, „eigenartig“. Und zwar vor allem, „weil eine so schmeichelhafte Beurteilung unseres Volkstums, so hohes Lob unserer Talente in internationaler Politik, Finanz und Wirtschaft, unserer politischen Weisheit, Prinzipienfestigkeit und zugleich Kunst zu labieren, unseres Ganges nach Recht, Gerechtigkeit, internationalem Frieden, unserer Mächtigkeiten und der Kraft unserer Beweisführungen, mit einem deutschen Wort unserer Kultur“ von dem Vertreter einer fremden Macht und noch nicht zu Ehren gekommen ist. „Wir werden nachher sehen: dies alles erweist dann tiefes „Mißtrauen“ gegen alle Vorhänge, die Bernhard zur Sache selbst macht. „Durch seine deutsche Schmeichelei“ läßt sich das „Handelsblatt“ vom rechten Platte der Völkerbundspolitik abbringen.

Herrn Professor Bernhard kenne ich nicht, aber angeht mich keines Buches hätte man ihm sagen müssen: Sie haben vollkommen recht, Herr Professor. Aber warum bringen Sie dieses Land, diese Menschen, von Ihnen mit Namen aufgeführt, Herren in Verlegenheit, obwohl Sie sie so schätzen? Sie haben, noch einmal, recht! Der Fremde, der aus imperialistischen oder imperialistisch gewordenen Gegenden kommt, ist heute erkannt über die Selbstverständlichkeit, mit der hier jede politische Unterhaltung nicht nur in der Bahnen leidenschaftlichen, sondern Menschenverstandes eintritt, sondern auch den Boden des Rechts, sogar der Menschlichkeit im allgemeinen sucht. Er ist erkannt über den Schatz an Wissen und geistlicher Erfahrung auf allen Gebieten des Erwerbs und des sozialen Lebens überhaupt. Aber die Situation läßt es nicht ratsam erscheinen, das zu auszusprechen, wie Sie das tun, so direkt, so gründlich. Denn zu dem weiteren Vorhaben dieser Platan gehört es, daß sie den Reich der Götter fürchtet. Sie wünscht das Jähre im stillen zu genießen, die geringen Wände der Welt nicht auf sich zu ziehen. Wenn es nach ihr ginge, würden sich auf keinem Gebiete die niederländischen Kolonien. Sie redet ihre Königin „gnädige Frau“ an. Die Sprachen aller umliegenden Länder werden hier alle gleich auf gesprochen, und man behält das Holländische für sich. Diese Nation füßt sich Kleinstaat wie kein anderes Land, obgleich Holland der Großstaat unter den Kleinstaat ist. Ihre Zeitungen reden viel ausführlicher über die Politik in anderen Ländern als über ihre eigene, besonders in auswärtigen Sprachen. Holland hehnt sich, wie man es am besten beim Militär tut. Es wünscht weder angenehm noch unangenehm aufzutreten, sondern allem ist die Folge, daß man in Holland zu Mißtrauen neigt, sobald man einen Scheinwerker auf sich gerichtet sieht. Beachten Sie diese Tradition und verstehen Sie außerdem nicht, daß aus allerlei Gründen unter den gegenwärtigen Umständen manche Holländer eine kleine Unliebbarkeit gegenüber der Seite immer noch einer reichhaltigen Lebenswelt, Zeit von uns Deutschen vorziehen!

Gegenüber den Holländern müßte man sich natürlich etwas anders ausdrücken. Man würde etwa sagen: „Der Deutsche läßt nicht notwendig, wenn er höflich ist. Aber die Deutsche sind zu gründlich höflich. Sie äußern ihre Bewunderung und Hochachtung für andere in Bildern. Es sind das allerdings Gefühle, zu denen wir jetzt leider wenig Gelegenheit haben. Man braucht also nicht gleich mißtraulich zu sein. Professor Bernhard meint es wirklich so. Im Rechte, sogar nach dem Rechte sind in Holland ebenso starke Komplimente gerichtet worden, die nicht so verweigert abgelehnt wurden oder werden. Das ist eine holländische Angelegenheit, aber wir müssen darauf hinweisen, wenn man uns so behandelt. Die Franzosen haben in plötzlichen Propagandaschritten enorm viel geleistet. Dann ist nicht gleich von Schmeichelei gesprochen worden. Was der deutsche Professor geschrieben hat, ist nicht so schlimm, wie Sie es machen.“

Vielleicht, was unwahrscheinlich ist, gestaltet sich die Unterhaltung noch lebhafter, und dann würde man vielleicht sagen: „Sie urteilen nicht so hart, wenn man in Ihrem eigenen Lande, über alle noch so sichtbaren Tatsachen hinweg unaufgefordert seine Ergebenheit und sein Freundschaftsbedürfnis anderen Staaten gegenüber bezeugt. Bei dem letzten Besuch der Königin in Amsterdam hat der Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt in seiner Begrüßung folgenden Satz angebracht: „Ferner möge nicht unerwähnt bleiben der Beginn des Baues des Hofoperntempels in Jimuiden“ und mit einem unvergleichlichen feinen Leberzang hat er hinzugefügt: „Ein deutsches Zeichen, daß Amsterdam in seine Zukunft, was Schiffahrt, Handel und Industrie betrifft, vor allem in Westen sucht.“ Diesen Text hat man vor vierzehn Monaten schon von Goltz in der ersten Kammer gehört. Aber Amsterdam ist inzwischen der größte Markt für deutsche Papiere und Saluta geworden, unzählige Holländer haben billig deutschen Besitz erworben — übrigens natürlich, im ganzen wahrheitsgemäß willkommene Erscheinungen. Was ist, angeht mich, die Rede des Bürgermeisters von Amsterdam verbiß für die Mächtigen hinüber über den Kanal expressis verbis für die Mächtigen dieses Erdballs? So angelehnt, sicherlich aus wissenschaftlichem, was ein deutscher Professor, sicherlich aus wissenschaftlicher Überzeugung, Schmeicheles, wenn auch mit entsetzlicher Feder, über Holland schreibt! Bewegen werden die Hochstufen nicht plötzlich im Osten von Amsterdam aufstehen und die ganze heute beliebte Beweisführung ruinieren.“ Es ist vielleicht gut, so etwas einmal deutlich zu sagen. Auch

Die Aufgabe des Danziger Freistaatparlamentes.

Tower und die Verfassung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Danzig, 26. Mai.

Das Danziger Freistaatparlament, am 16. Mai gewählt worden, ist, wie in wenigen Wochen zusammentreten. Seine Hauptaufgabe ist die Schaffung der Verfassung nach Maßgabe des Artikels 103 des Verlaufs Friedensvertrags, der bestimmt: Die Verfassung der freien Stadt Danzig wird im Einklang mit einem Oberkommissar des Völkerbundes von ordnungsmäßig ernannten Vertretern der freien Stadt ausgearbeitet. Die Verfassung bildet Voraussetzung und Grundlage des Freistaats selbst. Erst nach ihrer Vollendung kann der Freistaat errichtet werden. Bis dahin dauert noch das schwebende Zwischendasein eines Staatenfragments, das wir jetzt führen, mit einem fremden Oberhaupt, das ganz nach seinem Ermessen regieren kann, das sich allerdings einem aus mehreren höheren Beamten und Vertretern der Parteien bestehenden Staatsrat beugeordnet hat, der Verordnungen mit Gesetzeskraft erläßt. Eine Einrichtung, die immerhin ein Zeugnis dafür ist, daß der Oberkommissar Sir Reginald Tower nicht gewillt war und es heute weniger denn je ist, rein autoritär aufzutreten, sondern sich befreit, die Bedürfnisse und Wünsche Danzigs nach Möglichkeit zu erkennen und ihnen im Rahmen des Friedensvertrags billige Rechnung zu tragen. Seine Auffassung von der Volkvertretung ist die, daß sie ausschließlich die Verfassung zu machen und sonst mit nichts über das, was dem Lebensnotwendigsten zu belasten ist. Da nun bereits in zwei Sitzungen mühselig und sorgfältig ausgearbeiteter Entwurf vorliegt, der in wesentlichen Punkten die Zustimmung der mit der Vorarbeit betrauten Parteirepräsentanten gefunden hat, so könnte die Beratung im Freistaatparlament wohl in etwa zwei Monaten erledigt sein. Freilich ist zu befürchten, daß die inzwischen bei der Wahl am 16. Mai eingetretene Veränderung in den Stärkeverhältnissen der Parteien eine ungünstige Wirkung ausüben wird. Die Deutschdemokratische Partei, im Verfassungsausschuss die zweitstärkste Partei, haben wesentlich dazu beigetragen, dem Verfassungsausschuss einen Charakter zu verleihen. Nicht bilden sie mit den Reichsorganisationsrat und dem Zentrum nicht die Mehrheit, wozu noch kommt, daß das Danziger Zentrum stark rechts geneigte Elemente in sich schließt und dem Völkerbund schon jetzt in der für uns so wichtigen Simultanauflage scharfe Forderungen entgegenstellt. Unter solchen Umständen werden die auf 34 Sitze entfallenden Reichsorganisationsrat nicht unverzüglich lassen der Unabhängigkeit auf der anderen Seite werden nicht erlangen, während die Reichsorganisationsrat nachfragen. Da hier eine feste Mehrheitsbildung zunächst gar keine Aussicht besteht, können die Simultanauflagen bei den fundamentalsten Artikeln hin und her schwanken und schließlich ein Werk zustande bringen, das niemandem befriedigt.

Sobald ist jedenfalls sicher: arbeitsfähig muß das Parlament sein, und nur auf der mittleren Linie darf sich bewegen, was es schafft. Jedes Extreme wäre gefährlich, und langes unfruchtbares Arbeiten gleichfalls. Das könnte allerdings gewiss und von außen unzulässigen Zutritts-geboten Tor und Tür öffnen. Das aber weiß man hier auch allgemein und wird entsprechend zu handeln wissen. Nur wenige Kleinmütige fürchten ein baldiges „Ende der Danziger Freistaatlichkeit“. So tief uns die gewalttätige Trennung von Deutschland schmerzt, so sehr ist Danzig entschlossen, den Kampf um Dasein als Freistaat aufzunehmen.

Als Raum für die Tagung des Parlamentes ist vorläufig die Oberrealschule zu St. Petri in Aussicht genommen. Fraktionen- und Bureauräume werden auf dem dicht dabei liegenden Weisefeld, dem früheren Korpsbefehlungsamt, hergerichtet. Später wird jedenfalls das prächtige General-Kommandogebäude zum Parlamentshaus erkoren werden, das dazu innerlich und äußerlich wie geschaffen ist und einen äußerst repräsentativen Charakter trägt. Gegenwärtig wird es von dem englischen Oberkommissar, General Ransing, mit seinem Stabe bewohnt, der jedoch ebenso wie der Oberkommissar Tower nach der endgültigen Errichtung des Freistaats mit der englischen und französischen Garnison von Danzig verlassen wird, also wohl spätestens gegen Ende des Sommers oder im Herbst. Die hier liegenden englischen und französischen Truppen betragen sich übrigens andauernd mißfällig, was dieser Tage auch öffentlich in der Stadtverordnetenversammlung vom Oberbürgermeister unter Zustimmung aller Parteien ausdrücklich betont und anerkannt wurde.

Zur Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände.

Zu der Behauptung, daß die Zeitfreiwilligenverbände noch beständen, wird von zufälliger Stelle mitgeteilt, daß die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände beendet ist.

Verhandlungen der Franzosen mit Mustafa Kemal?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 28. Mai.

Nach einer Konstantinopeler Depesche des „Messaggero“ lauten die Nachrichten aus Syrien und Libanon immer alarmierender. Der allgemeine Eindruck ist, daß, wenn die Friedensbedingungen nicht sofort gemildert würden, blutige Ereignisse bevorstünden. Besonders erregt seien die Armenier. Diese Fragen Europa, zumal die französischen Militärbehörden an das sie erst zum Aufbruch verläßt und dann im Stiche gelassen hätten. Die Lage der französischen Truppen, die sich vom Innern zur Küste zurückgezogen haben, sei kritisch. Bei einem Kampfe hätten die Franzosen längst, wie es in Konstantinopel heißt, sogar tausend Gefangene in Händen der Araber gelassen. General Gouraud wolle den Oberbefehl niederlegen. Die kritische Lage erkläre es, daß die Franzosen mit Mustafa Kemal unterhandeln und sogar die nationalistische Regierung in Angora anerkennen wollen.